

-Entwurf- Wahlprogramm 2011

zur Kommunalwahl am 27. März 2011 der

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Kassel

Beschlossen auf den Kreisparteitagen im 4. Quartal 2010 in Kassel
Überarbeitet und freigegeben durch die Programmkommission am 19. Dezember 2010.

Herausgeber:

Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Kassel
Postfach 10 22 21
34024 Kassel
Deutschland

Allgemeiner Kontakt: kontakt@piratenpartei-kassel.de

Pressekontakt: presse@piratenpartei-kassel.de

Internet: www.piratenpartei-kassel.de

Bildquelle Cover: Michael Brückner

Inhalt

A	Präambel	4	Soziales	10
	Wir sind die Piraten	4	· Mitsprache bei sozialer Sicherung	
	Unsere Ziele	4	· Arbeitsgemeinschaft Sozialpass	
	· Grundrechte verteidigen			
	· Informationelle Selbstbestimmung			
	· Transparenz			
	· Open Access			
	· Faires Urheberrecht			
B	Mitdenken, mitreden, mitentscheiden	5	D	Bürger sollen Politiker überwachen .
	Mehr Demokratie	5		11
	· Bürgerentscheide möglich machen			Transparenz
	· Für Bürgerbefragung bei Großprojekten			11
	· Einführung eines Bürgerhaushalts			· Transparentes Kassel
	· Stärkung der Ortsbeiräte			· Transparenz in städtischen Gesellschaften
	· Rederecht bei Petitionen			· Stadtverordnetenversammlung online
	· Kommunale Demokratie für alle			· Einsatz von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung
	Öffentliche Güter und Dienstleistungen	6		Datenschutz und Überwachung
	· Rückkauf der Stromnetze			12
	· Cross-Border-Leasing			· Datenschutz in der Verwaltung
	· Public Private Partnership			· Sicherheit statt Überwachung im ÖPNV
				· Aufklärung über den Zensus 2011
				· Kameraüberwachung prüfen und reduzieren
C	Soziale Verantwortung	8	E	Gemeinsam Zukunft gestalten
	Junges Kassel	8		13
	· Verbesserung der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten			Ideen für Kassel
	· Streuobstwiesen und Geburtsbäume			13
	Kultur	9		· Mit der Bahn in die Aue und zur Messe
	· Kultur für alle - Pilotprojekt: 'Zahl was es dir wert ist!'			· Zukunft der öffentlichen Badeeinrichtungen
	· Kulturraum Kassel fördern			· Salzmänn-Gelände
	· Förderung von Medienkompetenz			· "Auestadion" im Namen erhalten
	· Städtepartnerschaften aktivieren			Grünflächen sind mehr wert
	Verkehr	9		14
	· Freie Fahrt in der Karlsaue			· Langes Feld erhalten
	· Freies Kurzzeitparken			· Dönche - Größtes innerstädtisches Naturschutzgebiet Deutschlands
	· Schilderwald abholzen			· Bestehende Baugebiete nutzen
				Stadt und Kreis gemeinsam
				15
				· Regionalreform Kassel
				· Reinhardswald: ökologische und ökonomische Planungsalternativen
				· Flughafen Kassel-Calden

A. Präambel

Wir sind die Piraten

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Hessen.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfes zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort 2% der Stimmen erreichen. Für die schwedische Schwesterpartei sitzen zwei Abgeordnete im Europaparlament.

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind auch auf kommunaler Ebene die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil Aller mitgestalten will.

Unsere Ziele

Grundrechte verteidigen

Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Die gesamte Politik muss diese Rechte zum Maßstab ihres Handelns machen.

Informationelle Selbstbestimmung

Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss garantiert werden. Wir wollen weder den gläsernen Bürger noch den gläsernen Konsumenten.

Transparenz

Alles staatliche Handeln muss transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Nach unserer Überzeugung ist dies unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen.

Faires Urheberrecht

Das Urheberrecht muss den Anforderungen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft angepasst werden und die Bedürfnisse von Konsumenten und Produzenten gleichermaßen berücksichtigen. Eine Gesellschaft, in der die Grenzen zwischen Konsumenten und Produzenten immer mehr verschwinden, kann sich nicht am Urheberrecht einer Kulturepoche passiver Konsumenten orientieren.

B. Mitdenken, mitreden, mitentscheiden

Eine lebendige Kommune lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunalpolitik muss die Interessen und Wünsche der Bürger Ernst nehmen und als Chance für die Gesellschaft begreifen und fördern.

Echte Mitbestimmung und Teilhabe darf sich daher nicht auf die einmalige Stimmabgabe alle fünf Jahre an der Wahlurne beschränken. Das bisherige Modell, bei dem man nur die Wahl zwischen „kleineren Übeln“ hatte, die dann meistens noch mit einem „größeren Übel“ die neue Regierung gebildet haben, muss um weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung erweitert werden.

Wir wollen, dass jeder Einwohner an allen wesentlichen Entscheidungen für die Kommune beteiligt wird. Möglichkeiten dazu sind z.B. der Bürgerentscheid oder die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes.

Mehr Bürgerbeteiligung verbessert die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und die Zufriedenheit mit ihnen. Die Politikerinnen und Politiker müssen ihre Entscheidungen den Menschen besser erklären und nachvollziehbar machen, um Zustimmung zu erhalten. Dies haben uns die Proteste gegen Stuttgart 21 besonders deutlich vor Augen geführt.

Ausgehend von dem Gedanken das Bürgerinnen und Bürger über ihre Angelegenheiten selbst mitreden und mitbestimmen sollen, fordern wir völlige Transparenz bei Cross-Border-Leasing Projekten und Öffentlich-Privaten Partnerschaften und den Rückkauf der Stromnetze.

Am 27.März haben Sie/Du eine echte Alternative auf einen Politikwechsel in ihrer Stadt, die einzige Alternative - Die Piratenpartei!

Mehr Demokratie

Bürgerentscheide möglich machen

Die Landesverfassung sieht Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in Städten und Gemeinden vor. Die Hürden hierfür sind zu hoch. Deshalb setzt sich die Piratenpartei Kassel für eine grundlegende Verbesserung bei Bürgerentscheiden und -begehren in der Landesverfassung ein.

Bürgerbegehren sollen zugelassen werden, wenn drei statt bisher zehn Prozent der Wahlberechtigten das Begehren unterstützen. Das Zustimmungsquorum, das festlegt, wie hoch die Beteiligung an einem Bürgerentscheid mindestens sein muss, soll abgeschafft werden. Jeder Bürgerentscheid muss gelten, denn jeder ist eingeladen abzustimmen. Der Negativkatalog von Themen, über die nicht abgestimmt werden darf, soll ebenfalls abgeschafft werden.

Bürgerbegehren und -entscheide sind zur Zeit in hessischen Landkreisen nicht zulässig. Diese Benachteiligung der Bürger im Landkreis ist untragbar. Wir fordern deshalb die sofortige Einführung von Bürgerbegehren und -entscheiden auf Landkreisebene.

Für Bürgerbefragung bei Großprojekten

Bei langfristigen und teuren Projekten ist es besonders wichtig, die Bürger schon im Vorfeld zu beteiligen und das Projekt legitimieren zu lassen. Damit wird der weitere Projektverlauf deutlich erleichtert und unnötige Kosten werden vermieden.

Bis Bürgerbegehren und -entscheide auf kommunaler Ebene besser in der Landesverfassung geregelt sind, könnten Bürgerbefragungen eine Überbrückungshilfe sein. Eine Befragung ist zur Zeit zwar nicht bindend, die Volksvertreter sollten aber dem Willen der Bürger folgen. Nach unserer Auffassung sollten vor kommunalen Entscheidungen

mit einem Investitionsvolumen von über 15 Mio Euro öffentlicher Mittel Bürgerbefragungen durchgeführt werden.

Einführung eines Bürgerhaushalts

Die Piratenpartei setzt sich für die Durchführung eines Bürgerhaushalts für die Stadt Kassel und den Landkreis ein. Der Bürgerhaushalt, auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung eines Kreises, einer Stadt oder einer Gemeinde bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen.

Über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel verständigen sich die Bürger selbstständig. Die Verwaltung begleitet diesen Prozess vorwiegend moderierend und beratend.

Mit dem Bürgerhaushalt soll die Verschwendung öffentlicher Mittel, wie zum Beispiel durch unwirtschaftliche Prestige-Käufe, reduziert und die Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden.

Stärkung der Ortsbeiräte

Die Piratenpartei setzt sich für die Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte und eine Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung ein. Ortsbeiräte sind am dichtesten an den Wünschen und Interessen der Bürger einer Ortes oder Stadtteils.

Der Grundsockel und die Gesamtzuweisungen sollen um zehn Prozent auf insgesamt ca. 500.000,- Euro erhöht werden. Bei der Aufstellung des städtischen Haushalts sollen die Ortsbeiräte ein Vetorecht erhalten. Für die Ausübung des Vetorechts ist mindestens eine Vierfünftel-Mehrheit von einem Drittel aller Ortsbeiräte erforderlich.

Jeder Bürger soll Rederecht im Ortsbeirat seines Stadtteils bekommen.

Rederecht bei Petitionen

Das Grundgesetz räumt in Artikel 17 jedermann das Recht ein, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Die Piratenpartei fordert einen für die Bürger fairen Umgang mit Petitionen auf kommunaler Ebene. Der oder die Initiatoren der Petition müssen schriftlich zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung / des Kreistags eingeladen werden, in der die Petition behandelt wird. Sie, oder von ihnen bestimmte Vertreter, sollen ein Rederecht im selben Umfang, wie es einer Fraktion zustehen würde, erhalten.

Kommunale Demokratie für alle

Nicht-EU-Bürger haben derzeit kein Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Städte, Gemeinden und Landkreise können es sich nicht leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen. Die Piratenpartei will deshalb das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten und fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen.

Öffentliche Güter und Dienstleistungen

Rückkauf der Stromnetze

Bei den Stromnetzen halten wir einen Wettbewerb durch den Aufbau unterschiedlicher Stromversorgungsnetze für unsinnig und technisch problematisch. Wir wollen daher, dass das Stromnetz wieder vollständig in das Eigentum der Städtischen Werke übergeht. Die Städtischen Werke sollen einen nachhaltigen, kostendeckenden Betrieb sicherstellen.

Damit die Städtischen Werke ihre Monopolstellung nicht in Form von hohen Preisen ausnutzen, sollen für städtische Gesellschaften besondere Transparenzanforderungen gestellt werden.

Wir wollen die Bürger ermutigen, sich an einer dezentralen Energieerzeugung zu beteiligen.

Cross-Border-Leasing

Die Stadt Kassel hat die Straßenbahnen an einen Zusammenschluss mehrerer Unternehmen mit Sitz in den U.S.A verkauft und mietet diese in einer komplizierten wirtschaftsrechtlichen Konstruktion zurück. Der Inhalt des über 99 Jahre abgeschlossenen sogenannten „Cross-Border-Leasing“-Vertrags ist geheim. Die Stadt Kassel hat an dieser Stelle die Selbstbestimmung zukünftiger Generationen über den öffentlichen Personennahverkehr verkauft.

Die Piratenpartei fordert den Magistrat der Stadt Kassel auf alle Unterlagen und Nebenabsprachen zum Vertrag umgehend offenzulegen und zu erklären, welche konkreten Folgen daraus für die Stadt resultieren.

Public Private Partnership

Wegen der knappen Kassen bei Stadt und Landkreis werden neuerdings öffentliche Projekte durch private Investoren vorfinanziert. Diese verlangen dafür eine Beteiligung an den Einnahmen des Projekts. Dadurch werden die Projekte für die Bürger teurer und die Stadt macht Schulden, die sie nicht in ihren Bilanzen ausweisen muss.

Öffentlich-Private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor dem Abschluss offen gelegt werden. Die Öffentlichkeit muss sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können.

Das wesentliche Problem bei solchen Projekten sehen wir in der Vermarktung öffentlicher Interessen. Damit fördert die Stadt, dass private Einrichtungen Einfluss auf kommunale Aufgabenfelder nehmen.

C. Soziale Verantwortung

Die Piratenpartei möchte den Bürgern mehr Freiheiten eröffnen und den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Freiheiten fördern. Unser grundlegend neues Konzept ist, dass wir im Gegensatz zu anderen Parteien den Bürgern vertrauen und ihnen nicht unterstellen, dass sie ihre Freiheiten missbrauchen.

Wir wollen ein gesellschaftliches Miteinander, in der die Stadt ihre soziale Verantwortung für ihre Bürger Ernst nimmt und ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt. Zugleich sollen die Kasseler Bürger Verantwortung für ihre Stadt und ihre Mitmenschen übernehmen.

Kassel lebt vom Engagement seiner Bürger. Jeder von ihnen kann nach seinen Fähigkeiten und Wissen zum Gemeinwohl beitragen. Aufgabe der Stadt ist es, die Freiheiten und das Engagement der Bürger wertzuschätzen, sowie gute Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe seiner Bürger zu schaffen. Die Bevormundung der Bürger durch Regeln und Verbote muss auf ein Minimum reduziert werden.

Um dem demografischen Wandel entgegen zu wirken, muss Kassel für junge Familien und Alleinerziehende mit Kindern attraktiver werden. Wir wollen die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten deutlich verbessern.

Kultur ist identitätsbildend. Unabhängig vom Geldbeutel müssen die Bürger kulturelle Einrichtungen nutzen können. Jeder Einzelne sollte selbst darüber entscheiden können was ihm beispielsweise der Besuch eines Museums wert ist.

Wir lehnen es ab, dass bedürftige Menschen ihre finanzielle und soziale Situation entblößen sowie Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, um Leistungen zu erhalten. Leistungsbezieher sollen mehr Möglichkeiten zur Mitsprache bekomme

Junges Kassel

Verbesserung der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten

Wir wollen eine optimale Förderung und Betreuung unserer Kinder. Die momentane Gruppenstärke und die schwache personelle Ausstattung der Kindertagesstätten lassen hierfür leider keinen Handlungsspielraum. Der Umgang mit auffälligen Kindern liegt im Moment einzig und allein in der Hand der jeweilig zuständigen Erzieher. Für eine Aufarbeitung von Problemen im Team ist derzeit kein Platz in den Dienstplänen der Kitas.

Die Piratenpartei Kassel setzt sich für die Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagesstätten der Kommune ein. Wir wollen den Betreuungsschlüssel von derzeit 1,75 Betreuern pro Gruppe auf 2 Betreuern pro Gruppe anheben. Die Gruppenstärke soll von 25 Kindern pro Gruppe auf 20 Kindern pro Gruppe reduziert werden.

Die Erziehern in Kindertagesstätten sollen 5 bis 10 Tagen pro Jahr erhalten, um sich fortzubilden. Außerdem sollen 30 Minuten pro Woche zur Reflektion im Team eingeräumt werden. Den Leitern und Leiterinnen von Kindertagesstätten sollen 5 Stunden pro Woche und Gruppe für Verwaltungs- und Leitungstätigkeiten zur Verfügung stehen.

Streuobstwiesen und Geburtsbäume

Innerhalb des Stadtgebiets soll den Bürgern die Pflanzung von Nutzbäumen auf geeigneten öffentlichen Grünflächen erlaubt werden. Vereine sollen dabei unterstützt werden, diese Streuobstwiesen für die Allgemeinheit zu pflegen.

Auf diesen Flächen sowie entlang von Strassen und Feldwegen soll an die Eltern junger Kinder das Recht zur Pflanzung von Geburtsbäumen vergeben werden.

Dadurch werden die Bürger stärker bei der Gestaltung öffentlicher Flächen einbezogen und sie

identifizieren sich stärker mit ihrer Stadt.

Auch aus ökologischer Sicht bietet das Modell viele Vorteile. Alte, regionale Obstsorten können gezielt gefördert werden. Bei Kindern kann ein größeres Bewusstsein für die Natur entstehen und das städtischen Mikroklima verbessert sich.

Kultur

Kultur für alle - Pilotprojekt: 'Zahl was es dir wert ist!'

Die Stadt Kassel hat als documenta-Stadt ein internationales Renomé für Kunst und Kultur. Von diesem Kulturangebot sollen alle Bürger Kassels unabhängig von ihrem Geldbeutel profitieren können. Daher schlagen wir vor, für Museen und Ausstellungen in städtischer Trägerschaft die Nutzungsentgelte auf EUR 1,- festzusetzen. Attraktive Kulturangebote gibt es nicht umsonst. Die Kosten müssen überwiegend durch Eintrittsgelder und Nutzungsentgelte gedeckt werden.

Wir schlagen vor, dass die jährlichen Kosten einer Einrichtung und die angestrebte Besucherzahl veröffentlicht wird. Daraus ergibt sich ein rechnerischer Eintrittspreis, der zur Orientierung angegeben wird. Der Besucher einer Einrichtung soll darüber entscheiden, welchen Preis er zahlen möchte, mindestens einen Euro. Ihm soll dabei bewusst sein, welche Kosten die Eintrittsgelder decken müssen. Auch wer wenig Geld hat, soll mit diesem Modell Zugang zu Kultur erhalten. Wer viel hat, steht in der Verantwortung mehr zu zahlen.

Dieses Modell wollen wir zunächst in einem Pilotversuch erproben.

Kulturraum Kassel fördern

Die Piratenpartei Kassel will die freie Kultur in und um Kassel grundsätzlich fördern. Wir wollen Kultur-Initiativen Freiräume bieten und Kultur- und Sportvereine unterstützen. Bestehende Kulturräume sollen erhalten bleiben.

Förderung von Medienkompetenz

Die Piratenpartei setzt sich für die Förderung der Medienkompetenz in der Bevölkerung ein. Der Umgang mit dem Internet ist eine Schlüsselkompetenz zur gesellschaftlichen Teilhabe. Medienkompetenz muss dort vermittelt werden wo die Bürger leben. Daher sehen wir darin eine kommunale Aufgabe.

Städtepartnerschaften aktivieren

Die Stadt Kassel hat insgesamt acht Partnerstädte. Derzeit ist der Kontakt in vielen Bereichen eingeschlafen und es finden nur sporadisch gegenseitige Besuche und Austausch statt. Besonders auf Ebene der Kultur, der Stadtentwicklung, der Bürgerbegegnungen und der Schule gilt es neue Akzente zu setzen.

Die Piratenpartei setzt sich für einen Ausbau und die Intensivierung der Verbindungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel zu den Partnerstädten ein.

Wir wollen bisherige und zukünftige Aktivitäten und Projekte stärker in das Bewusstsein der Bürger bringen und das Interesse und die Bereitschaft aktiv mitzuwirken zu wecken. Termine, Veranstaltungen und Planungen sollen von der Stadt koordiniert und regelmäßig veröffentlicht werden.

Verkehr

Freie Fahrt in der Karlsaue

Die Nutzung der Karlsaue mit dem Fahrrad ist Teil des täglichen Lebens in Kassel. Fußgänger und Fahrradfahrer begegnen sich dort ohne Probleme, da sie Rücksicht aufeinander nehmen. Ein Verbot der Nutzung mit dem Fahrrad schränkt daher unnötigerweise die Freiheit der Bürger ein.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Bürger mit Fahrrädern und anderen unmotorisierten Fortbewegungsmitteln durch die Karlsaue fahren dürfen.

Freies Kurzzeitparken

Sogenannte 'kleine Besorgungen' wie der Kauf von Brötchen, einer Zeitung oder eines Kaffee zum mitnehmen, werden durch den erzwungenen Kauf eines Parkscheins unnötig verteuert. Besonders Kunden der Einzelhändler in der Stadtmitte sind davon betroffen.

Wir wollen das Parken auf in der ganzen Stadt mit Parkscheiben für 30 Minuten kostenlos erlauben. Parkflächen, deren Nutzung über eine Dauer von 30 Minuten hinaus gratis nutzbar sind, bleiben von dieser Regelung unberührt.

Wir halten dieses Konzept im Vergleich mit einer Ausweitung der 'Brötchentaste' für die bessere Lösung. Für die Brötchentaste müssen die Automaten umgestellt werden. Das muss mit Steuergeldern bezahlt werden. Bei unserem Modell kann jeder von der Gratisparkzeit profitieren, wenn er seine Parkscheibe nutzt.

Die Länge der Gratisparkzeit soll keine Konkurrenz zum ÖPNV herstellen, und ist daher kurz zu halten. Wer mit dem Auto in die Innenstadt fährt und dort lange parkt, der soll dafür auch zahlen, kurze Besorgungen wollen wir aber vereinfachen.

Schilderwald abholzen

Zu viele Schilder lenken Fahrer ab und machen den Verkehr unsicherer. Insbesondere, wenn Parkflächenmarkierungen neben Gefahrenzeichen stehen, werden wichtige Gefahrenschilder schnell wegen der Park- und Zusatzschilder übersehen. Dabei gäbe es andere Möglichkeiten Parkflächen zu markieren, zum Beispiel durch Markierungen am Bordstein.

Wir fordern: Nicht-gefahrenrelevante Schilder müssen weg, damit gefahrenrelevante Zeichen ihre Geltung erhalten! Bei Straßen Neu- und Umbauten ist auf eine sparsame Beschilderung zu achten.

Soziales

Mitsprache bei sozialer Sicherung

Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, die sozialen Sicherungsleistungen nach geltenden Gesetzen und Rechtsprechung an die Berechtigten auszus zahlen. Die Stadt soll in diesem Bereich nicht eigenmächtig und unrechtmäßig kürzen oder einsparen.

Weiter fordern wir eine bessere Einbindung der Leistungsbezieher. Auf Grund der Vielzahl an nicht nachvollziehbaren Entscheidungen der ARGE und der ständig wachsenden Zahl von Verfahren vor deutschen Sozialgerichten fordert die Piratenpartei, dass dem ARGE-Beirat mindestens ein/e VertreterIn der Erwerbslosen angehören soll. Außerdem setzt sich die Piratenpartei für die Einrichtung eines sog. 'Runden Tisches' der Erwerbsloseninitiativen und Sozialverbände als Unterausschuss des Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung Kassel ein. Die Einführung der Bürgerarbeit muss transparent geschehen. Wir fordern die Veröffentlichung des Konzeptionsplanes. Eine Teilnahme an diesem Modellprojekt sollte ausschließlich freiwillig sein, Sanktionen lehnen wir ab.

Arbeitsgemeinschaft Sozialpass

Die Piratenpartei setzt sich für die Einrichtung einer überparteilichen Arbeitsgruppe ein, die sich mit Fragen von Mobilität, sozialer und kultureller Teilhabe von Hartz IV-, Sozialhilfeempfängern sowie Geringverdienenden beschäftigen soll. Die gesetzlichen Vorgaben der Bundesebene zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Hartz IV-Familien lassen die Einführung einer „Chipkarte“ als unumgänglich erscheinen. Auch deshalb sollten Fragen einer einheitlichen Karte, des Leistungsumfangs und des Datenschutzes, sowie mögliche Alternativen grundsätzlich diskutiert werden.

D. Bürger sollen Politiker überwachen

Der Magistrat und die Stadtverwaltung bekommen ihre Macht von den Bürgern in Wahlen auf Zeit geliehen. Sie handeln im Auftrag der Kasserler Bürger. Diese Tatsache wollen wir wieder mit Leben füllen.

Was die Verwaltung macht, muss deshalb für die Bürger als Auftraggeber transparent und nachvollziehbar sein. Verträge und Gutachten der Stadt müssen kostenlos öffentlich zugänglich sein. Das gilt ebenso für die Unterlagen von städtischen Betrieben.

Wir wollen, dass Meinungsbildung und Politik auf Daten und Fakten beruht und nicht auf Ideologien von Parteien oder Medien angewiesen ist!

Die Piratenpartei lebt Transparenz vor. Unsere Treffen und Sitzungen sind öffentlich. Sitzungen des Bundesvorstands werden live ins Internet übertragen und können dort hinterher abgerufen werden.

Auf der anderen Seite wird es immer leichter Daten der Bürger aus verschiedenen Verwaltungssystemen miteinander zu verknüpfen. Damit wird der gläserne Bürger möglich. Der Staat drückt damit sein Misstrauen gegenüber den Menschen aus. Die zunehmenden Überwachungsmaßnahmen und -gesetze führen zu einem angepassten Verhalten der Bürger und schränken individuelle Freiheiten ein. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für die Demokratie.

Die Piratenpartei setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf gegenseitigem Grundvertrauen aufbaut. Wir finden, die Stadt soll sich aus dem Privatleben der Bürger heraushalten. Wir fordern Datensparsamkeit in der Verwaltung und wollen, dass die Stadt verantwortungsvoll die Freiheit ihrer Bürger schützt.

Transparenz

Transparentes Kassel

Die kommunale Verwaltung hält Akten unter dem Vorwand des Datenschutzes Dritter zurück. Wir befürchten hier ein Schlupfloch der Verwaltung und fordern die Stadt und den Landkreis Kassel auf umgehend die Voraussetzungen zu schaffen, um bisher nicht zugängliche Behördenunterlagen zur Veröffentlichung aufzubereiten.

Eine Abteilung soll systematisch den Aktenbestand digitalisieren und veröffentlichen, beginnend mit Vergabeunterlagen für öffentliche Aufträge. Ausgenommen hiervon sollen Angelegenheiten der Sozial- und Leistungsverwaltung sein.

Transparenz in städtischen Gesellschaften

Die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften sind den Bürgern rechenschaftspflichtig. Diese Rechenschaft fordern wir jeden Monat detailgenau im Internet abrufbar ein.

Wir fordern Transparenz für die Verwaltungseinheiten der Stadt Kassel und alle Kapitalgesellschaften, an denen die Stadt mehr als 50

Stadtverordnetenversammlung online

Die Stadtverordnetenversammlung (Stavo) ist das wichtigste Gremium der Kommunalpolitik. Dort wird öffentlich über die Zukunft der Stadt debattiert und abgestimmt. Wer keine Möglichkeit hat direkt an den Sitzungen teilzunehmen, kann die Abläufe und Argumente der Diskussionen kaum nachvollziehen.

Wir wollen Stadtverordnetenversammlungen deshalb live ins Internet übertragen und für jeden Bürger zugänglich machen. Die Sitzungen sollen per Video aufgezeichnet und auf der Webseite der Stadt Kassel verfügbar gemacht werden. So kann

sich jeder Bürger unabhängig von Ort und Zeit informieren.

Einsatz von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung

Die Piraten fordern und fördern den Einsatz von freier Software in der Verwaltung, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Hierzu zählt insbesondere der Einsatz von freier Software wie dem Betriebssystem Linux, der Büroanwendung OpenOffice oder dem Internetbrowser Mozilla Firefox nach dem Vorbild der Stadtverwaltung München („LiMux“-Projekt).

Die Umstellung soll schrittweise im Rahmen von Ersatzinvestitionen erfolgen. Dieses Modell hat sich in anderen Städten bereits gut bewährt.

Datenschutz und Überwachung

Datenschutz in der Verwaltung

Die Stadtverwaltung erhebt von den Kasseler Bürgern verschiedene personenbezogene Daten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Wir fordern die Erhebung von Daten auf ein Minimum zu reduzieren. Das beugt Datenmissbrauch vor.

Besonders im Meldewesen sind die Begehrlichkeiten an Daten groß. Die Verwendung der Meldedaten sollte standardmäßig auf das Mindestmaß an städtischen Aufgaben begrenzt werden. Dann könnte die Stadt Meldedaten nur noch mit expliziter Zustimmung der Bürger weitergeben oder verkaufen. Wo es sinnvoll ist sollen die Aufbewahrungsfristen verkürzt werden. Wir fordern die Stadt auf offenzulegen, welche Daten ihrer Bürger sie speichert und wie sie diese schützt.

Sicherheit statt Überwachung im ÖPNV

Der NVV versucht, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste in den Bussen und Bahnen durch den flä-

chendeckenden Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer tatsächlichen Gefahrensituation kann eine Kamera jedoch nicht eingreifen und eine Straftat verhindern. Studien und Statistiken belegen, dass auch die Aufklärungsquoten durch Videoüberwachung nicht deutlich besser sind als vorher. Zudem wird es technisch immer leichter, für sich genommen harmlose Daten automatisch zu verknüpfen, was die vollständige Durchleuchtung der Bürger ermöglicht.

Wir setzen deshalb auf Zug- und Busbegleitern im öffentlichen Nahverkehr und Ordnungspersonal auf öffentlichen Plätzen statt auf Kameraüberwachung.

Aufklärung über den Zensus 2011

Die Stadt ist für die Durchführung des Zensus 2011 (Volkszählung) in Kassel verantwortlich. Wir fordern eine differenzierte Information der Bürger über die Befragung, das Auswerteverfahren und die eingesetzten Datenschutz-Vorkehrungen. Wir werden uns als Piraten aktiv an der Aufklärung der Bürger beteiligen.

Kameraüberwachung prüfen und reduzieren

Im öffentlichen Raum werden immer häufiger Überwachungskameras eingesetzt. Damit wird die Freiheit von Bürgern eingeschränkt, die im öffentlichen Raum nicht beobachtet werden wollen. Die Piratenpartei fordert deshalb eine kritische Überprüfung aller öffentlich-betriebenen Überwachungskameras in Kassel. Wir fordern die Betreiber auf den Standort und Blickwinkel der Überwachungskameras zu dokumentieren. Sie müssen öffentlich darlegen, welchen genauen Nutzen die jeweilige Kamera hat.

Private Kameras, die dauerhaft Teile des öffentlichen Raums filmen, müssen zulassungspflichtig werden. Die Piraten wollen ihre Zahl auf ein Minimum zu begrenzen.

E. Gemeinsam Zukunft gestalten

Damit Kassel lebenswerter und attraktiver für die Bürger wird, wollen wir eigene, frische Ideen einbringen. Dabei sind eine nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen wichtige Grundsätze für uns.

Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen im Rathaus wollen wir Zukunftsprojekte und Großinvestitionen in der Stadt gemeinsam mit den Bürgern erarbeiten und abstimmen.

Demokratie und Transparenz sind für uns Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt und der Gesellschaft.

Aktuell sehen wir, dass die Stadt viele Projekte am erklärten Willen der Menschen vorbei entwickelt. Die Interessen der Kasseler liegen anders, werden aber im Rathaus nicht gehört. Je größer ein Projekt ist, desto größer auch die Interessen und Einflussnahme der Lobbyisten.

Bei Großprojekten muss der Magistrat verpflichtet werden, die Interessen der Bürger zu berücksichtigen und deren Zustimmung einzuholen.

Ideen für Kassel

Mit der Bahn in die Aue und zur Messe

Die Fulda-Aue ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für den Raum Kassel. Direkt daneben liegen die Messehallen, die für die Stadt der Künste und Kongresse besondere Bedeutung haben.

Das Gebiet ist nur umständlich mit umsteigen in die Buslinie 25 mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Für Gäste, die mit der Bahn nach Kassel anreisen, beträgt die Fahrtdauer vom Hauptbahnhof 25-36 Minuten und vom Bahnhof Wilhelmshöhe 19 Minuten. Ein Bahnanschluss könnte die Fahrzeit stark verkürzen und eine Direktverbindung aus der Innenstadt schaffen. Das wäre besonders praktisch für Messen oder Sportveranstaltungen.

Für den Bahnanschluss wollen wir gemeinsam mit Bürgern und Magistrat zwei Konzepte untersuchen. Im ersten Konzept könnte eine Straßenbahnlinie vom Auestadion über eine neue Damaschke-Brücke in die Aue und zur Messe führen. Hier könnten Haltepunkte an der Damaschke-Brücke und an der Buga/Messe eingefügt werden. Im zweiten Konzept könnten die bestehenden Gleise der Waldkappel-Bahn zwischen dem Bahnhof Wilhelmshöhe und Bettenhausen für eine Regiotram-Linie genutzt werden. Für diese Regio-Tram Variante würde ein Haltepunkt Buga/Messe gebaut werden.

Zusätzlich soll untersucht werden, ob die Regio-Tram als Stadtumgebungsbahn Wilhelmshöhe – Kassel-Ost bis nach Bettenhausen bzw. zum Betriebshof Sandershausen weitergeführt werden kann. Haltestellen in Niedierzwehren und am DEZ wären möglich. Damit würde der Kasseler Osten von einer deutlich schnelleren Verbindung zum ICE-Bahnhof Wilhelmshöhe profitieren.

Wie bei allen Großprojekten entstehen neben Chancen erhebliche Kosten. Daher müssen die Bürger im Vorfeld an den Planungen beteiligt werden. Sie müssen auch die abschließende Entscheidung über die Umsetzung treffen.

Zukunft der öffentlichen Badeeinrichtungen

Wenn das Stadtbad Mitte schließt, gibt es kein Haltenbad mehr, das für Wassersport geeignet ist. Die städtischen Bäder wurden kaum instand gehalten und sind nun in einem jämmerlichen Zustand.

Das geplante Auebad ist aber ein Schritt in die falsche Richtung. Es ist überdimensioniert geplant und wäre ein neues Millionengrab. Das zentral gelegene Stadtbads Mitte ist für die Bürger sehr gut zu erreichen. Dieser Vorteil würde durch den Bau des Auebads aufgegeben. Dazu kommt, dass es an der Aue an ausreichend Parkraum und einer

vernünftigen Anbindung an das Straßenbahnnetz fehlt.

Deshalb muss das Planungsverfahren für das derzeitige Auebad-Projekt auf den Prüfstand. Es ist noch nicht zu spät für eine sinnvolle Lösung! Wir fordern deshalb ein neues familienfreundliches Hallenbad zu bauen. Ein solches Bad sollte mit einer 50 Meter Bahn ausgestattet sein, um dort Leistungssport zu ermöglichen und sollte in Niedrigenergiebauweise ausgeführt werden.

Salzmann-Gelände

Die Stadt Kassel plant in dem Salzmann-Gebäude in größerem Umfang Büroräume für ein 'technisches Rathaus' anzumieten. Dies darf nach Auffassung der Piratenpartei nur erfolgen, wenn dies wirtschaftlichste Alternative ist. Wir halten es für diskussionsbedürftig, dass die Einrichtung eines 'technischen Rathauses' überhaupt notwendig ist und es angesichts des Büroraum-Leerstands in Kassel, keine alternativen Standorte gibt, die nicht preiswerter zu mieten wären.

Die sozialen, kulturellen und gemeinnützigen Projekte, die heute in der 'Kulturfabrik Salzmann' eine Heimat gefunden haben, sollen auch nach einer etwaigen privatfinanzierten Umsetzung des Salzmann-Arena-Projekts im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit nach den bisherigen Grundsätzen gefördert werden.

"Auestadion" im Namen erhalten

Die Kasseler Piraten stehen dem Verkauf der Namensrechte des Kasseler Auestadion kritisch gegenüber. Wenn der Name verkauft werden sollte, fordern wir einen Wiedererkennungseffekt für die Kasseler Bevölkerung, um die Geschichte und den Charakter des Stadions fortzuführen.

Einem Verkauf der Namensrechte des Auestadions werden die Kasseler Piraten deswegen nur zustimmen, wenn der Begriff 'Auestadion' in der neuen Namensgebung erhalten bleibt.

Grünflächen sind mehr wert

Langes Feld erhalten

Grün- und Freiflächen in der Stadt bedeuten Naherholung und Naturschutz im direkten Umfeld der Menschen in Kassel. Wir setzen uns dafür ein, diese großen und kleinen Flächen im Raum Kassel zu erhalten.

Deshalb sprechen wir uns für den Erhalt des Langen Feldes als Grünfläche aus. Das Gebiet ist laut dem Gutachten der Bürgerinitiative 'Pro Langes Feld' ein Frischluftspeicher für den ganzen Kessel von Kassel. Es hat eine wichtige Funktion für die Versorgung der Stadt mit Frischluft und als Naherholungsgebiet. Damit ist es auch wichtig für die Gesundheit der Bürger Kassels und muss erhalten bleiben.

Das Gutachten, das der Entscheidung der Stadt für ein Gewerbegebiet auf dem Langen Feld zugrunde liegt, beruht auf Messungen an einem einzigen Tag und berücksichtigt nicht unterschiedliche Wetterlagen. Die wissenschaftliche Qualität dieser Studien oder Gutachten, sind nicht gewährleistet. Auf einer so fragwürdigen Grundlage dürfen keine Entscheidung nicht getroffen werden.

Wir stehen für eine Offenlegung aller Fakten und Unterlagen und sprechen uns für ein weiteres Gutachten aus. Sollte darin nicht die besondere Bedeutung des Freilufttraumes und Naherholungsbereichs Langes Feld bestätigt werden, so werden wir einen Bürgerentscheid dazu anstreben. Die Kasseler Bürger müssen das letzte Wort haben, was mit dem Langen Feld geschehen soll.

Dönche - Größtes innerstädtisches Naturschutzgebiet Deutschlands

Wegen der negativen Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sowie das städtische Klima sprechen wir uns gegen eine weitere Bebauung der Dönche aus. Das größte innerstädtische Naturschutzgebiet Deutschlands muss erhalten bleiben.

Im bestehenden Bebauungsplan existieren noch freie Baulücken. Es reicht völlig aus, diese Lücken bis zur heutigen Bebauungsgrenze zu nutzen.

Bestehende Baugebiete nutzen

Die wirtschaftliche Zukunft Kassels hängt nicht vom Langen Feld ab. In den umliegenden Gemeinden des Landkreises gibt es noch ausreichend freie, ungenutzte und schon ausgeschriebene Flächen, zum Beispiel in Bergshausen und Lohfelden. Diese Flächen haben häufig ebenfalls einen direkten Anschluss an das Autobahn- und Schienennetz.

Die Piratenpartei Kassel spricht sich für die Nutzung dieser Industrie- und Gewerbeflächen in den Gemeinden des Landkreises aus. Wir fordern die Stadt und den Landkreis zur Kooperation auf. Es geht nicht um einen Wettstreit um Gewerbesteuer-einnahmen, sondern um ein gemeinsames Konzept zur nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft in der Region Kassel.

Anstelle der Neubebauung müssen bestehende, brachliegende Flächen in der Stadt dringend saniert werden. Das gilt sowohl für Gewerbe- als auch Wohnflächen.

Diese Sanierungen sollen von der Stadt Kassel gefördert werden. Um einen Anstieg der Mieten zu vermeiden muss die Förderung mit einer inflationsbereinigten Mietpreisbindung verbunden sein.

Stadt und Kreis gemeinsam

Regionalreform Kassel

Weder Stadt noch Landkreis bestehen für sich. Sowohl die Menschen als auch die Verwaltungen sind eng miteinander verwoben. Die bestehende Trennung führt zu höherem Verwaltungsaufwand und bürokratischen Hürden. Auch der geografische Zerschneidung des Landkreises mit der Stadt Kassel mittendrin spricht für eine gemeinsame Verwaltungsregion.

Deshalb spricht sich die Piratenpartei für die Zusammenlegung von Stadt und Landkreis Kassel aus. Die Verwaltung, die Stadt- und Kreisparlamente und die Zuständigkeitsbereiche der Ämter sollen zusammengefasst werden.

Reinhardswald: ökologische und ökonomische Planungsalternativen

Der Naturraum Reinhardswald mit der Sababurg ist ein attraktives Tourismus-Ziel. Die Idee des Millionenprojekts Ferienressorts Beberbeck auf Kosten des Steuerzahlers ist zum Glück gescheitert.

Die Piratenpartei tritt für eine mittelständisch orientierte Tourismusedwicklung ein. Wir wollen eine sensible Nutzung der leer stehenden Gebäude auf der Domäne und einen sanften Tourismus in der Region.

Wir greifen die Vorschläge des Aktionsbündnis Beberbeck auf und setzen uns für eine Reinhardswaldinitiative ein, die die zahlreichen vorhandenen Betriebe absichert und die gesamte Region Reinhardswald wirkungsvoll fördert.

Dazu wollen wir die Region zwischen Hann.-Münden bis Bad Karlshafen vernetzen, private Initiativen fördern und weiterentwickeln. Für die leerstehenden und sanierungsbedürftigen Gebäude der ehemaligen Gestütshofanlage Beberbeck wollen wir einen Ideenwettbewerb gemeinsam mit dem Land Hessen und der Hessische Landgesellschaft ausschreiben.

Die Staatsdomäne Beberbeck soll im Eigentum aller hessischen Bürger bleiben und ihren wirtschaftlichen Betrieb fortsetzen. Alle diese Maßnahmen würden die zugesagten Infrastrukturkostenhilfen des Landes Hessen sinnvoll verwenden, das ‚Tafelsilber‘ des Landes Hessen bewahren und die Bevölkerung zu Mitgestaltern ihrer Heimat machen.

Flughafen Kassel-Calden

Die Piratenpartei lehnt den Flughafenneubau in Kassel-Calden ab. Er ist verkehrspolitisch falsch, strukturpolitisch fragwürdig, und finanzpolitisch ein unkalkulierbares Risiko.

Von Kassel aus sind die Flughäfen in Paderborn, Erfurt, Hannover und Frankfurt a.M. bereits in unter zwei Stunden mit der Bahn oder dem PKW erreichbar. Die Versorgung der Bürger in der Region Kassel mit dem Zugang zum Luftverkehr ist damit gegeben. Zudem ist die Einbindung in die be-

stehende Infrastruktur mäßig. Der Flughafen verfügt nicht über einen Autobahnanschluss und als schnellste Verbindung fungiert die B 83 (Holländische Straße). Ein möglicher Anlieferungsverkehr für Industrie und Handel würde damit direkt durch die Stadt laufen und zu einem Verkehrsinfarkt führen.

Statt in Nordhessen eine Konkurrenz zum Flughafen Paderborn aufzubauen, wäre eine Kooperation mit den Ostwestfalen der richtige Weg. Nur gemeinsam lässt sich ein Regionalflughafen in der Region betriebswirtschaftlich betreiben.

Der Neubau des Flughafens in Kassel-Calden ist ein riesiges Projekt, das Finanzmittel in Höhe von mindestens 225 Mio. Euro des Landes Hessen, der Stadt und des Landkreis Kassel sowie der Gemeinde Caldén bindet. Es ist bereits abzusehen, dass die Kosten weiterhin in die Höhe schießen werden und die letzte Erhöhung um 80 Mio. Euro nicht ausreichen wird.

Auch nach dem Bau wollen wir nicht die Betriebskosten des Flughafens übernehmen müssen. Wir lehnen daher eine Finanzierung bzw. Subventionierung durch öffentliche Mittel ab.

Die wichtigsten Fluggesellschaften planen, Caldén nicht anzufliegen. Ausnahmen könnten hier nur die Billig-Fluglinien sein, die sich in der Regel aber nicht langfristig an einen Standort binden. Die einzige wirkliche Nutzung entsteht als Ausweichflughafen für Frachtverkehr für Frankfurt/Main und dies insbesondere nachts.

Auch der Betrieb des bestehenden Sportflughafens ist nach einem Neubau gefährdet. Fallschirmspringer, Segelflugbetrieb und ggf. der Helikopterbetrieb müssten einen weit größeren Abstand halten und wären aus dem Luftraum verbannt.

Wir fordern die Stadt und den Landkreis Kassel auf, den Vertrag über die Flughafen Kassel GmbH zu kündigen und aus der Flughafengesellschaft auszutreten.